Organ der Zentrums-Partei für den Saargau

Erscheint 6 mal wöchentlich. Geschäftsstelle: Saarlouis, Kl. Markt. Telegramm-Adresse: Saar-Zeitung. Fernsprecher 82. Postscheck 33.

DISSIPAT ATQUE LOVET 18 72

Tage- und Anzeigenblatt für Handel und Gewerbe

Monatl. Bezugspreis: Durch Agenten u. Post Mk. 6.00. Bei Zusendung Mk. 6.20 zuzüglich Pfg. Ausland 6.00 Fr. Die Ugesp. 40 mm-Zeile 0.85 Fr. Deutschland 70 Pfg., Ausland 0.60 Fr. Amtliche Anzeigen 0.40 Ctm.

Nr. 39. Saarlouis, Mittwoch, den 17. Februar 1926. 55. Jahrgang.

Intrigen.

Deutschland hat seine Anwaltung zum Völkerbund in Genf gegeben, seine Entwicklung, auf die die Hauptverhandlungen stattfinden, ist noch nicht abgeschlossen. Indessen ist dieser erste Schritt getan, da heute sich der Schleier von einem Teil der Intrigen, die die russischen, die die polnischen Diplomaten des Völkerbundes doch in recht eigenartigem Licht erscheinen lassen. Was schon seit einigen Tagen in den Blättern raunte, erschien durch Frage und Antwort im englischen Unterhaus am 11. Februar plötzlich klar: man wollte scheinbar von französisch-polnischer Seite Deutschland im Kampf um den Zutritt zum Völkerbund, Deutschland, das Mitglied des Rates im Völkerbund zu Gunsten Polens, Spaniens und Brasiliens entfernen, und zwar, wenn es sich um Polen handelt, nun mit den Einsitz, den Deutschland durch einen jährlichen Rausch auf die Entscheidungen des Völkerbundes gewinnen Polen und die Tschechoslowakei zu neuerlich leidtlichen Stimmen unwirksam zu machen.

Diese konstruktiven Bestrebungen denn wir als solche wurden sie in einem Teil der englischen Presse bezeichnet — herrühren wenig Lorenzo-Greil, verraten vor allem keine Nationalität, kein Gefühl gegenüber Deutschland. Sie lassen vielmehr die Vermutung zu, daß man Deutschland aus dem Mitgliedsrat streichen in den Völkerbund hineinlinden wollte, um Deutschland zu zwingen Stellung ein Deutschland außerhalb des Völkerbundes ausdrücklich zu Gunsten der Polen, sofern man ihm keine besonderen Rechte zugestehen, sofern man ihm unter allen Umständen einen Einfluß gestattet. Diese geschickte aber ungeschickte Kombination Kaschmirgleich in vielen Punkten sich aufbrechen, sie hätte, wenn sie Erfolg gehabt, Polen von dem Sonderzutritten überzogen sind, die Hast bewirkte Zwischen Polen und Deutschland, die Hast bewirkte, daß die Danziger und die Frage der deutschen Wiederaufbau, Danzig wird in der Tat, auf die Unsicherheit Polens und die Unzuverlässigkeit Polens, die Hast bewirkte, daß die Kommission, die Danzig mit Danzig und auf Grund des Artikels 15 der Völkerbundsordnung zu Danzig Stellung nahm.

Diese Möglichkeiten stürzten man offenbar bei den französischen Leuten. Und wenn man sich erklärt, daß vor allem Briand und Zaleski sich bei Genf in einer Unterredung der Ratsfrage zu Gunsten einiger Kompromißvorschläge, die Deutschland ein Mitgliedsrat, wie man annehmen, daß bisher bestimmte Rechtsbestimmungen zu Verzichten Vertrages unberührt sind. Anfinden muß aber, daß auch Deutschland am 11. Februar nicht nur entwickelten, sondern auch vielfagend ausspielte. Es kann sich nicht um die Verhältnisse des Völkerbundes widersprechen würde, wenn die engsten Anweisungen für die Delegierten Deutschlands gehen müßten. Man kann diese Bemerkung Chamberlains vielmehr nur so deuten, daß Briand sich erst ein, wie gebundener Marschroute nach Genf zu gehen, daß seine Entscheidungen über die Frage Polen also vorbedeutet, daß er sich mit Briand und anderen Staatsmännern über gewisse taktische und Organisationsfragen verständigt hat.

Die Haltung der französischen Regierung ist natürlich völlig unverständlich, wenn sie sich nicht in Berlin bereits unterrichtet zu sein, daß sie den Fall der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund als Kundschafter Polens benutzt werden wollte. Einer Stellungnahme hierzu geht man aber aus dem Wege und der Erklärung, daß Frankreich Deutschlands Eintritt in Deutschlands wird bestreiten und die gleichzeitige Mitaufnahme Polens nicht zur Bedingung machen. Die Betonung dieser Tatsache ist dann Sache der Presse. Es ist nicht zu zweifeln, daß eine einseitige Pressekampagne gegen Deutschland, die Frankreich Polen zu Gunsten Polens bestreiten, sich aber nur einem einmaligen Dementi gegenübergestellt zu sehen.

Diese ganzen Machenschaften müssen in Deutschland auf das politischste berührt. Sie müssen als ein Zeichen von Illoyalität betrachtet werden, wenn man Deutschland gerade jetzt zum Eintritt in den Völkerbund aufforderte und dann, wenn es im Begriffe ist, diesen Schritt zu tun, die Kompromißvorschläge seiner Rätsel-Mitglieder in einschneidender Weise abändert. Der Ort des Eintritts deutschen Ratsfrist würde gewissermaßen außerhalb des Völkerbundes, der Ratsfrage der mehrere Mitgliedschaft, deren Aufnahme der ursprünglichen Struktur des Rates nach nicht vorgesehen war. Die Sonderkorrespondenz will in unbegründeten politischen Kreisen Deutschlands Stimmen gefunden haben, daß gleichzeitig Polen „besser wäre, wenn es ganz ausbleiben würde, eine Anmeldung zum Völkerbund zurückzieht, weil Frankreich auf seinen Willen hörte und dadurch mit der treffenden Begründung, daß der Völkerbundsrat nicht mehr der Rat sei, in welchem man ihn die Aufnahme angelegt habe.

Wir glauben nicht, daß die deutsche Regierung die Absicht hat, von diesem Rat Gebrauch zu machen und eine Ablehnung Frankreichs zurückzuziehen. Sie wird zunächst versuchen, ihre berechtigten Ansprüche auf die unverbrüchliche Zusammenarbeit des Völkerbundsrates mit allen diplomatischen Mitteln unentwegt und unbeirrbar bei den Völkerbundsmitgliedern zu vertreten. Sie wird berechtigte Verlangen Deutschlands fordern Gleichstellung Deutschlands, Aufnahme in den Rat, Aufnahme als Ständiges Mitglied, und Kabinettsbeschlüsse eintreten müssen.

Deutschland interpelliert den Völkerbund.

Der Kampf um die Ratsfige. — Der Besuch des Generalsekretärs des Völkerbundes ein Höflichkeitsbesuch. — Die Erledigung technischer Fragen. — Die Stellenbesetzung.

Ein deutscher diplomatischer Schritt bei den Ratsmächten.

f. Berlin, 16. Februar. (Drahtm.) Von deutscher unterrichteter Seite erfahren wir, daß die Reichsregierung am Sonntag an die Mitglieder des Völkerbundes auf diplomatischem Wege den Vorwurf gerichtet hat, es die Wahrheit bestehe, daß außer Deutschland noch andere Staaten zu ständigen Ratsmitgliedern gemacht werden sollen. Dieser Schritt ist die Fortsetzung des Versuches, mit diesen Staaten gefälschten Ratsmitgliedschaft über die Verwaltungsfragen für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, bei dem von keiner Seite die Möglichkeit der Schaffung weiterer Ratssitze angedeutet worden war.

Ein Dementi.

f. London, 16 Februar. Nach einer Reutermeldung wird dementiert, daß Großbritannien den Vorschlag auf Vermehrung eines ständigen Sitzes im Völkerbundsrat an Polen, Spanien und Brasilien angenommen habe.

Zur Anwesenheit Drummonds in Berlin.

Ein Interview mit Weil.

f. Berlin, 16. Februar. Der Begleiter Drummonds in Berlin, der Hallenser Prof. Weil des Völkerbundsbüros des Generalsekretärs, gab dem Berliner Vertreter des „Lokalanzeiger" gegenüber Erklärungen über den Zweck seiner Anwesenheit. Drummond habe als Gast bezeichnet, daß der Weisen in erster Linie die Gelegenheit bei und ohne eine große Diplomatenmenge bestehe. Außerdem soll die Erörterung der Frage, ob Deutschland ständiges Mitglied des Rates werden soll, bis alle bisher verbrachten Einzelfragen über den Völkerbund und Deutschland ausgetauscht durchgeführt und unwichtig seien. Die Angelegenheit sei noch gar nicht berührt worden, doch trotzdem wurde Stellungnahme bejaht und die Beziehungen zu Deutschland bereits angebahnt sei, doch noch deutsche Herren für das Völkerbundsbüro ein, die Weil, Drummond und Sir Eric Drummond, wird erfolgen. Die Mehrzahl der neuen Mitglieder, sowohl bei der Beziehungen zu Deutschland bereits bestanden, sei noch gar Voraussetzungen gekommen, die sich auf der Verfassung der Völkerbundsfunktionäre ergeben. Es seien alle alle selbstverständlich Sprach- und Fachkenntnisse angenommen. Mit der politischen Leitung der Kanzlei habe das Generalsekretariat überhaupt nichts zu tun.

Ein Beschluß des Reichstagsausschusses.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages hatte am Montag den mündlichen Bericht des Unterausschusses für die besonderen Gebiete über Maßnahmen zur Besserung der Notlage der Arbeiter im Saargebiet; Berichterstatter Hofmann (Soz.) beantragte einen Antrag, in dem die Reichsregierung ersucht wird, im Einvernehmen mit den beteiligten Landesregierungen von Preußen, Bayern und Oldenburg folgende Maßnahmen zu treffen:

„Die Infarkellen von und zur Arbeitsstätte werden von der Reichsregierung verglitzt. Für Linderung der Not unter den Arbeitslosen, die im Saargebiet wohnen und im Saargebiet oder in Elsaß-Lothringen arbeiten, gar sofortiges Ausführung zur Verfügung unter der Voraussetzung, daß die Länder sich mit bisher durch angewiesene Mittel beteiligen."

Zur Bildung der außerordentlichen Notlage der Arbeiter der deutschen Grenzgebiete, die in Gebieten mit Frankreichs Zollgrenze beteiligt sind, wird die Summe von 10 Millionen RM zur einmaligen Verfügung der Reichsregierung gestellt. Die Verteilung dieser Summe erfolgt durch die Reichsregierung unter beabsichtigter Mitwirkung der Gewerkschaften.

„Ferner Erleichterungen sind durch Stundung oder Ratenzahlung zu gewähren. Man einen zinsenfreien Steuerentrichtung ist abzusehen. Die Verhandlungen zum Zwecke der Verhandlungen mit Frankreich im Saargebiet und die Sozialversicherung des Reichs sind mit intensiver Beschleunigung zum Ziel zu führen."

Der Ausschuß nahm den Antrag des Berichterstatters des Nichtstandsausschusses für die Beamten, Angestellten und Arbeiter, Abgeordneten Hofmann, mit 15 Stimmen für einmalige und laufende Beihilfen angenommen.

Der billige und unparteiische Völkerbund.

Das unbeschönigte Diplomatenspiel. — England angeblich gegen die Vermehrung der Ratssitze. — Der Druck der öffentl. Meinung. — Abstimmungsfeier u. Volkstrauertag.

Abstimmungsgedenkfeier am 16. Mai.

f. London, 16. Febr. Wie der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph" mitteilt, haben gelegentlich der spanische als auch der französische Botschafter in Washington Noten vorgelegen, um die Frage der Erweiterung des Völkerbundsrates zu erörtern. Der Botschafter glaubt jedoch, daß England nicht bereit sei, in Sonderverhandlungen mit den einzelnen Mächten über diese Frage einzutreten, die doch hauptsächlich eine Angelegenheit der Beziehungen zwischen den einzelnen Mächten und dem Bund sei. Die Haltung der Ratsmacht unter dem Bund der französischen Regierung eine Kundgebung, die sich ähnlich abspannen. Auf jenen Fall sei das englische Kabinett als Gruppe nimmals für die Gewährung des ständigen Ratssitzes an Polen.

Wie der diplomatische Berichterstatter der „Westminster Gazette" berichtet, sei der Einspruch der öffentlichen Meinung gegen eine Vermehrung des Völkerbundsrates sehr ohne Eifer ging geblieben. Es werde bemerkt, daß Briand die Haltung Spaniens, Polens und Brasiliens nicht ausgeschrieben unterstützt. Briand und Chamberlain wünschen nicht, das Kommissionsmann zu gestatten und den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund hinauszuzögern zu helfen. Doch wird behauptet, daß die Abstimmung Deutschlands eine ohne Stimmen ständigen Ratssitzes nicht als Betonung für die Unterzeichnung des Locarnoabkommens in Aussicht gestellt, man, sondern nur Bestätigung gesehen. Man wurde dann Stimmen denselben Anspruch erheben, so sei es nicht Sache Deutschlands, Engagen Einspruch zu erheben. Der Botschafter werde die Frage behandelt billig und unparteiisch sein.

Zum Volkstrauertag.

f. Berlin, 16. Febr. Die Reichs beraten, ist für den 28. Februar bis 2. Uhr. Es wird dann bei Gedenkfeier an Gefallenen in Kriegsjahren werden. Durch den amtlichen Gottesdienst wird ein Kundgebung der Trauerkundfeier an die Gefallenen, Gemeinden und Gemeindeverbände aufgerufen, in den Kriegsjahren mit, daß im Einvernehmen mit der Reichsregierung für Heer und Flotte die Veranstaltungen aller Bundesländer, Gemeinde- und Gemeindeverbände, Kriegsgräberfürsorgevereine und Kriegsgräberfürsorgeverbände, die Kriegsgräberfürsorgeverbände, die Kriegsgräberfürsorgeverbände, die